

Absender:
.....
.....

Datum:

An das Amtsgericht
- Vollstreckungsgericht -

.....
.....

**Antrag auf Erhöhung des unpfändbaren Betrages gem. § 850f, Abs. 1 ZPO;
Einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Meinem Arbeitgeber/Sozialleistungsträger liegen folgende Pfändungs- und Überweisungsbeschlüsse vor:

1. Az.:..... Gläubiger.....
2. Az.:..... Gläubiger.....
3. Az.:..... Gläubiger.....
4. Az.:..... Gläubiger.....
5. Az.:..... Gläubiger.....

(weitere Pfändungs- und Überweisungsbeschlüsse ggf. auf gesondertem Blatt).

Das Gesamteinkommen von mir/meiner Familie beträgt monatlich (Nachweise liegen bei):

Lohn/Gehalt/ALG I/ALG II/Rente	netto	€
Lohn/Gehalt/ALG I/ALG II/Rente(Ehepartner)	netto	€
Wohngeld		€
Sozialhilfe		€
Kindergeld		€
Sonstiges.....		€
(Elterngeld bis 300,- € ist unpfändbar.)			

Gesamt		€
abzüglich Pfändung	-	€

Verbleibt		€
-----------	--	-------	---

Sozialrechtl. Existenzminimum gem. beilieg. Bescheinigung		€
---	--	-------	---

Differenz		€
-----------	--	-------	---

Durch die Pfändung meines Arbeitslohnes/meiner Sozialleistung ist somit der Lebensunterhalt für mich (und meine Familie) nicht mehr gewährleistet. Ich beantrage daher, mir gem. § 850f Abs. 1a ZPO für alle aufgeführten Pfändungs- und Überweisungsbeschlüsse einen zusätzlichen pfandfreien Betrag in Höhe der Differenz zwischen dem unpfändbaren Einkommen nach § 850c ZPO und dem sozialrechtlichen Existenzminimum zu belassen.

Da mir bis zur Entscheidung über den obigen Antrag keine ausreichenden Mittel für den laufenden Lebensunterhalt zur Verfügung stehen, beantrage ich weiterhin, die Zwangsvollstreckung in Höhe des Differenzbetrages einstweilen einzustellen.

Mit freundlichen Grüßen

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift